

Nicht über Religionen und Sprachen streiten

Die Konflikte in der Welt hatten und haben natürlich fast immer einen ökonomischen Grund: Wasser, Öl und andere Reichtümer. Fast immer aber entzündeten sie sich an sprachlichen, ethnischen und/oder religiösen Themen. Die Schweiz und Graubünden kennen solche Konflikte nur noch aus der Geschichte. Heute ist der sprachliche und religiöse Friede (fast) eine Selbstverständlichkeit. Täuschen wir uns aber nicht: Die Decke der Zivilisation ist dünn. Und darunter schlummern wie eh und je die primitiven Reflexe gegen Minderheiten. Die vom SVP-Umfeld schamlos betriebene Kampagne gegen die Minarette und den Islam ist ein trauriges Beispiel dafür, wie wenig es braucht und wie politisch attraktiv es ist, gegen Minderheiten zu hetzen. Natürlich geschieht ähnliches in islamischen Ländern gegenüber andern Religionen, was auch nicht besser, aber auch keine Entschuldigung ist.

Wir stimmen am 17. Juni über ein Sprachengesetz ab. Die Kampagne gegen dieses Gesetz hat alle Zutaten eines unnötigen und schädlichen Sprachenstreites. Die romanische Sprache wird als unnötig privilegiert hingestellt. Das Gesetz verletze das Gebot der Rechtsgleichheit. Die «Weltwoche» haut noch eins drauf: die Romanen seien Subventionsjäger und Ab-

zocker. Dies ist historisch gesehen der perfekte Standardvorwurf an Minderheiten und liefert die stärkste «Begründung», sie mindestens in die Schranken zu weisen, wenn nicht gar sie zu bekämpfen. Dabei ist doch ganz klar, dass die überwältigende deutschsprachige Mehrheit von diesem Gesetz wirklich gar nichts zu befürchten hat. Wie sollte sie auch? Unter diesen Umständen gilt es sorgfältig abzuwägen, statt emotional-überheblich ein schnelles Nein in die Urne zu werfen.

Es liegt im Wesen des Minderheitenschutzes, dass die Minderheit über ihren proportionalen Anteil hinaus geschützt und gefördert wird, alles andere ist kein Minderheitenschutz. Deshalb zielt auch der formaljuristische Vorwurf der Ungleichbehandlung ins Leere. Nur die Minderheit ist schutzbedürftig, nicht aber die Mehrheit. Genau wie das Deutschschweizer Fernsehen die Sender der sprachlichen Minderheiten «quersubventioniert», genauso wie Post und Swisscom distanzunabhängige Tarife anbieten (auch eine Ungleichbehandlung) ist es richtig, dass die deutschsprachige Mehrheit innerhalb des Kantons die romanisch- und italienischsprachigen Minderheiten unterstützt und vielleicht sogar privilegiert. Diese Selbstverständlichkeit macht das We-

sen und die Stärke der Schweiz und Graubündens aus. Und eben gerade nicht die eine Sprache, die eine Religion und die eine Ethnie.

Die romanische Sprache kämpft um ihr Überleben. Und trotzdem wird sie langsam aussterben und schliesslich wohl ganz verschwinden. Ähnlich ist es dem Latein ergangen und wird es wohl dereinst auch der deutschen Sprache und wahrscheinlich auch – heute unvorstellbar – der Weltsprache Englisch ergehen. Auch wir Menschen müssen einmal sterben. Dieses voraussehbare Schicksal entbindet uns nicht davor, lebensrettende Massnahmen zu ergreifen, dem ums Überleben Kämpfenden zu helfen. Dafür ist das Ja zum Sprachengesetz ein bescheidener, aber unverzichtbarer Beitrag. Ein Nein hingegen löst keine Probleme, es entfacht einen unnützen und lähmenden Sprachenstreit, den Graubünden nicht brauchen kann.

PS: Der Grosse Rat hat dem Sprachengesetz nach langer Debatte mit 106 zu null Stimmen klar zugestimmt. Stehen diese 106 Grossräte und Grossrätinnen auch im Gegenwind des nicht unpopulären Referendums noch zu ihrer Haltung? Wenn ich mich in der Szene herumhöre, bin ich mir nicht so ganz sicher.

Andrea Hämmerle, Nationalrat, Prätval